„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Der Deutsch-Canadier im öffentlichen Leben.

In den letzten Wochen ist im Zusammenhang mit den Manitoba Provinzwahlen das Thema „Deutschtum und Politik", lebhaft erörtert worden. Es ist daher wohl angebracht, wenn „Der Courier" selbst einmal dazu Stellung nimmt, um Unklarheiten aus dem Weg zu räumen und für zukünftige Wahlkämpfe feste Richtlinien vorzubereiten.

Wer nicht durch Parteileidenschaft verblendet ist, wer selbst während eines Wahlkampfes sein deutsches Empfinden nicht ersticken läßt, wer sich seiner canadischen Bürgerrechte ebenso wie seiner Bürgerpflichten bewußt ist, sollte eigentlich mühelos den geraden Weg erkennen. Doch leider scheinen oft die selbstverständlichsten Dinge am leichtesten übersehen oder wissentlich und vorsätzlich verdreht zu werden, wenn der Söldling einer Partei auf Stimmenfang ausgeht. Kommt dazu noch der manchen Deutschen angeborene Hang zur Sklavenmütigkeit, Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit in politischen Fragen, so ist das Unheil fertig.

Es muß zunächst einmal festgestellt werden, daß der canadische Bürger deutscher Abstammung nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich das nämliche Recht hat wie jeder andere. Jene, die freiwillig auf dieses Recht verzichten, erweisen sich, ihren deutschstämmigen Volksgenossen und ihrem Lande einen schlechten Dienst. Sie sind Drückeberger, die eigentlich garnicht den Ehrentitel eines canadischen Bürgers verdienen. Daß eine gewisse Sorte von Mitbürgern uns die unbedingte Gleichberechtigung — zwar nicht auf dem Papier, aber in der Praxis — verweigern und uns zu Staatsbürgern zweiter Klasse stempeln möchte, beweist nichts gegen unsere grundsätzlich richtige Auffassung. Das ist nur ein Beweis für die engherzige Einstellung gegenüber dem „Foreigner" und eine Mahnung an uns, um unser gutes Recht zu kämpfen, wenn wir dazu gezwungen werden.

Wenn wir uns nun bemühen, unseren Einfluß im öffentlichen Leben Canadas, um dessen Aufbau sich die Deutschstämmigen aus allen Ländern Europas hohe Verdienste erworben haben, zur Geltung zu bringen, so treibt uns dazu nicht der Machthunger. Wir fühlen uns vielmehr aus dem wahren Bürgersinn heraus dazu angetrieben, unsere Kräfte auch in öffentlichen Körperschaften zu regen u. zu betätigen. Warum sollen deutsch-canadische Männer und Frauen, die über die nötigen geistigen Fähigkeiten und über sittliche Charakterstärke verfügen, diese nicht auch in den Dienst des canadischen Gemeinwohles stellen? Selbst wenn sie in einem Schulrat, in einem Munizipalrat, in einer Provinzlegislatur oder im Dominionparlament keinen ausschlaggebenden Machtfaktor darstellen, kann es uns doch nur erwünscht sein, wenn wir den einen oder den anderen Mann aus unserer Mitte in Verwaltungsbehörden oder Parlamenten haben. Ist der Mann gewissermaßen nicht mehr als nur ein Horchposten, darf dies schon als ein Fortschritt gebucht werden. Doch in vielen Fällen kann er durch taktisch kluges Vorgehen manchen uns schädlichen Mißgriff verhüten und manches Gute durchsetzen. Weiß und fühlt er, daß hinter ihm das Interesse, die Unterstützung, die Kontrolle und, wenn nötig, sogar der Druck seiner deutschstämmigen Wähler steht, dann wird er bei einigem Pflichtbewußtsein zur Stärkung unserer Position und zur Hebung unseres Ansehens beitragen. Es genügt natürlich nicht, mit Hurrastimmung und begeistertem Redeschwall in einen Wahlkampf einzutreten, um einen Kandidaten durchzudrücken und nachher wieder die große Schlafmütze des deutschen Michel über Augen, Ohren und Mund zu ziehen. Hier sind deutsche Organisationen am Platze, aus denen unsere Vertrauensmänner im öffentlichen Leben hervorgehen, und auf die sie sich stützen können. Da ist eine deutsche Presse notwendig, die unabhängig genug ist, um das, was schwarz ist, schwarz und was weiß ist, weiß zu nennen, die nicht vor lauter Schielen auf die Parteikasse den deutschen Kandidaten übersieht. Da muß sich zeigen, daß Blut dicker ist als Wasser und Prinzipien stärker sind als unbegründete parteipolitische Rücksichten. Anders ist es, wenn, wie beispielsweise in Saskatchewan, die regierende Partei sich durch eine offenkundig feindselige Haltung gegenüber den Minderheiten hervorgetan hat. In einer solchen Partei müßte ein deutscher Abgeordneter ein Fremdkörper sein, der lediglich als Köder für das Fischen von Wählerstimmen seine Daseinsberechtigung hätte. Unser Ehrgefühl muß es uns verbieten, uns nur als Werkzeug und Handlanger für schmutzige politische Geschäfte mißbrauchen zu lassen.

Das kindliche Gemüt in seiner reinsten Form enthüllt sich schließlich, wenn jemand mit dem Brustton ehrlicher Ueberzeugung uns plausibel machen will, daß eigentlich ein englischer Abgeordneter uns mehr nützen könne als ein deutscher, daß es mehr Eindruck mache, wenn ein Engländer für die deutsche Sprache eintrete als ein Deutschstämmiger. Auf den ersten Blick kann solch ein Wahlmätzchen sogar noch etwas Bestechendes an sich haben, weil es sich so schön liest. Doch man stelle sich einmal all die vielen englischen Abgeordneten vor, die in uns so verliebt sind, daß sie uns mit deutschem Schulunterricht und ähnlichen hübschen Geschenken beglücken möchten! Man stelle sich dies vor, um dann ein sogenanntes homerisches Gelächter anzustimmen angesichts dieses Gipfelpunktes naiver politischer Weltbetrachtung. Seit wann können wir uns vertrauensvoll auf andere verlassen, wenn es um unser Höchstes und Heiligstes geht? Nur wenn ein starker moralischer Druck, die Angst vor dem Verlust des politischen Einflusses, die Furcht vor einer sich entwickelnden Opposition auf die regierende Partei einwirken, können wir auf gewisse Vergünstigungen rechnen, aber auch dann auf nicht mehr als unbedingt nötig ist, um die unruhig gewordenen Geister zu besänftigen. Wie ganz anders ist es, wenn auch nur ein aufrechter Deutschstämmiger unter den englischen Abgeordneten ist! Natürlich einer, der nicht vor jedem Parteigewaltigen wie ein Taschenmesser zusammenklappt und vor allem weiß: Ich kann mich auf die Treue meiner Wähler verlassen! Von einem solchen Mann kann man erwarten und verlangen, daß er sein Menschenmögliches für seine deutschen Volksgenossen tut, nicht aber von jenen, die mit warmem Händedruck, frommem Augenaufschlag und einschmeichelnden Phrasen um unsere Stimmen buhlen, um uns drei Tage nach der Wahl bereits vergessen zu haben.

Es weht, allen Beschwichtigungsräten, Heulmeiern und Pessimisten zum Trotz, ein schärferer Wind durch die deutsch-canadischen Kreise. Man will nicht immer nur Amboß bleiben, sondern möchte auch einmal Hammer werden, der am Schmieden der canadischen Zukunft mitwirkt. Es drängen junge und frische Kräfte empor, die es satt haben, sich etwas von Freiheit und Gleichberechtigung vorschwätzen zu lassen, während man sie mundtot zu machen sucht. Es entwickelt sich allmählich eine Bewegung, die über jene hinwegschreiten wird, welche sich mit Halbheiten zufrieden geben, für die das Wort „deutsch-canadisch" nur dann einen Sinn hat, wenn sich daraus ein Geschäftchen machen oder damit ein Pöstchen ergattern läßt. Der neuen deutsch-canadischen Bewegung wird und muß die Zukunft gehören.

Deutsche Regierung und Auslandsdeutschtum.

Auf der Haupttagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, die in den Pfingsttagen in Elbing stattgefunden hat, äußerte sich der Staatssekretär von Bülow im Namen der deutschen Reichsregierung folgendermaßen:

„Vor nicht allzu langer Zeit fehlte dem größten Teile des deutschen Volkes jede Kenntnis über die vielen Millionen Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenzen wohnen; es mußte daher auch vielfach das Verständnis der Lage fehlen. Auch zwischen den einzelnen deutschen Volksgruppen im Ausland bestand in der Vorkriegszeit kein geistiger Zusammenhang.

„Erst die Nachkriegszeit hat auf diesem Gebiete Wandel geschaffen. Und wenn wir heute auch noch nicht das uns vorschwebende Ziel vollkommen erreicht haben, so ist es immerhin anzuerkennen, daß in weiten Kreisen auch das Schicksal der kleinsten deutschen Volksgruppen als gemeinsames deutsches Schicksal empfunden wird. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es viele Millionen Deutsche gibt, die außerhalb des Reiches leben, so kann man das große Interesse des deutschen Volkes für diese Volksgenossen vollauf verstehen. In dem auf der ganzen Erde verstreut liegenden Deutschtum liegt ein großes nationales und kulturelles Gut, das zu pflegen eine der vornehmsten deutschen Aufgaben sein muß. Es liegt daher jedem, der unvoreingenommen den Dingen gegenüber steht, klar vor Augen, daß das Deutsche Reich ganz außerordentliches Gewicht darauf legen muß, daß die internationalen Verträge über den Schutz der Minderheiten loyal eingehalten und von dem Völkerbund, der sie garantiert, überwacht werden. Die Mehrheitsstaaten haben noch keineswegs Umfang und Bedeutung ihrer Verpflichtungen, wie auch den Nutzen richtig erkannt, der ihnen selbst aus der kulturellen Eigenentwicklung der Minderheiten erwächst. Ohne einen wirksamen Schutz der Minderheiten würde die Befriedung der Völker sehr erheblichen Hindernissen ausgesetzt sein. Es würde wesentlich zu einer Beseitigung des heute herrschenden Gefühles der Unsicherheit und des Mißtrauens beitragen, wenn das Ziel erreicht würde, daß die Minderheiten nicht mehr als Objekt der Politik angesehen, sondern um ihrer selbst willen vor jeder Unterdrückung und Entrechtung bewahrt werden. Wie die deutschen Minderheiten durch eine bewundernswerte Treue zu ihrem Volkstum ausgezeichnet sind, so haben sie auch stets anerkannte Loyalität ihrem Heimatlande gegenüber bewiesen. Fast überall sind übrigens die Auslanddeutschen ein geachteter wirtschaftlicher und kultureller Faktor.

„Die Deutschen im Auslande sind keineswegs trennende Keile zwischen ihrem Wohnstaat und dem deutschen Mutterlande; sie sind vielmehr dazu berufen, eine Verbindung zwischen beiden herzustellen und damit auch ihrerseits zu einer Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker beizutragen. Heute stehen wir erst am Anfange der hier angedeuteten Entwicklung."

Sei mir gegrüßt, mein Heimatland.

Sei mir gegrüßt, mein Heimatland,
Mein Vaterland, das ich verloren.
Dich grüße ich, mit Herz und Hand,
Dich, mein Tirol, wo ich geboren.

Dir bleib ich treu, mein Heimatland,
Mit meines Herzens Blut durchtränkt,
Im Sinn und Traum dich wiederfand,
Das welsche Macht so schwer gekränkt.

Dein bin ich, dein, mein Heimatland,
Im Leben und im Tod verbunden.
Du, meines Herzens Unterpfand,
Das unsere Feinde nun verwunden.

Für Dich nun bet' ich, Heimatland:
Gott woll' in deinem Weh dich schützen,
Und trennt uns auch der Grenze Wand,
Es kommt die Stund', wo sie wird stürzen.

Dann bist du frei! — Mein Heimatland!
Frei! — Wie in Freiheit du geboren.
Du, meines Herzens Unterpfand,
Du, mein Tirol, das ich verloren.

Paul Gedling.

Weltumschau

Schwerste Besteuerung des deutschen Volkes. Reichspräsident Paul von Hindenburg hat einen ihm von dem neuen Reichskanzler Franz von Papen vorgelegten Noterlaß unterzeichnet, der dem deutschen Volke die schwersten Steuerlasten auferlegt, die es jemals zu tragen gehabt hat. Jeder Deutsche, der noch eine Anstellung hat, wird nach der neuen Verordnung Steuern darauf bezahlen müssen. Gleichzeitig ist eine ungewöhnlich hohe Salzsteuer verfügt worden. Auf der anderen Seite ist die Regierungsunterstützung für Erwerbslose und Kriegsbeschädigte erheblich beschnitten worden.

Zusammen mit den bereits bestehenden Steuermaßnahmen ist die Belastung der deutschen Nation damit in einem Maß angewachsen, das man im letzten Jahre noch für unmöglich gehalten hatte.

Eigenartig an der Situation ist die Tatsache, daß die neue Belastung durch Noterlaß verfügt wurde. Es war die Abneigung des Reichspräsidenten gegen die fortgesetzte „Noterlaßregierung", die viel zu dem Sturze des Reichskanzlers Brüning beitrug. Nunmehr hat der betagte Feldmarschall die allerdrastischste der Notverordnungen unterzeichnet.

Die sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts" berichtet als erste Folge des Erlasses, daß der Reichspräsident mit einer Flut von Protesten der Arbeiterorganisationen und Kriegsbeschädigten überschwemmt wird.

Die neue Salzsteuer beträgt sechs Pfennig per Pfund und soll 60,000,000 Mark abwerfen, die von der Regierung für Heimstättenbau verwendet werden sollen.

Die Steuer auf Beschäftigte beginnt mit 1½ Prozent und wird mit einem Ertrag von 400,000,000 Mark veranschlagt, die in den Fonds der Reichsregierung für Erwerbslose fließen werden.

Das Kabinett veröffentlichte gleichzeitig mit dem Noterlaß eine Erklärung der neuen Maßnahmen.

„Die von dem Kabinett bei der Uebernahme der Regierung vorgefundene Situation", heißt es in der Erklärung, „zwingt das Ministerium, die Finanzlage der Nation und der Länder wenigstens vorübergehend sicher zu stellen und die Sozialfürsorge vor dem Zusammenbruch zu bewahren, ehe sein wirkliches Programm in die Tat umgesetzt werden kann."

Weiter heißt es, daß die von der Brüning Regierung vorgesehenen Maßnahmen sich als unzureichend erwiesen, so daß die Regierung gezwungen sei, noch darüber hinauszugehen. Es sei deshalb eine weitere Beschneidung des Budgets beschlossen worden.

Kommunistische Anträge. Der preußische Landtag hat durch Akklamation einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag angenommen, der die Forderung stellt, daß Deutschland aus dem Völkerbund ausscheidet. Die Anhänger Hitlers haben den Antrag unterstützt. Dieser Beschluß enhält keine bindende Verpflichtung für die Reichsregierung. Ein vorhergehender Antrag der Kommunisten, der die Forderung stellte, daß Deutschland sich weigern soll, irgendwelche weitere Reparationen zu zahlen, gelangte wegen Mangels an einem Quorum nicht zur Annahme.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten, die Hohenzollern aus Deutschland zu verbannen, wurde durch den Prinzen August Wilhelm, einen Sohn des Kaisers und neugewähltes Landtagsmitglied, und seine nationalsozialistischen Freunde vereitelt. Als die Frage nach einer unmittelbaren Abstimmung über den Antrag gestellt wurde, hatte diese nur die Unterstützung der Kommunisten.

Hitler-Sturmtrupps wieder aktiv. Adolf Hitlers Sturmabteilungen, die auf Betreiben des preußischen Innenministers Severing von Reichsminister Groener unter Zustimmung des Reichskanzlers Brüning kurz vor Abhaltung der preußischen Landtagswahlen aufgelöst wurden, werden durch einen zu gewährtigenden Erlaß des neuen Reichskabinetts von Papen wiederum Rechtstatus erlangen.

Die Auflösung dieser Sturmabteilungen, in denen etwa 400,000 Mann vereinigt waren, rief seinerzeit bittere Proteste hervor. Von Seiten der Nationalsozialisten wurde geltend gemacht, es handle sich hier um eine reine Schikane der Regierung, die den Zweck habe, ihnen, den Nationalsozialisten, die Vorbereitungen für die Preußenwahlen zu erschweren. Trotzdem sind sie aus dieser Wahl als die numerisch stärkste Partei des preußischen Landtags hervorgegangen.

Durch die Aufhebung des über die Sturmabteilungen verhängten Verbotes wird der Kurs der Reichsregierung noch rechts ist den Tagen des Auflösungsdekrets besonders deutlich illustriert.

Die Nachricht über der Wiedererrichtung der Sturmtruppen hat ein besonders erstaunlich Echo unter den Schuldnern des Landes gefunden, die mit Dringlichkeitsanträgen die Aufhebung bezüglich der Uniformen für diese Sturmabteilungen überhaupt sind.

Als die Regierung Brüning seinerzeit diese Sturmabteilungen auflöste, wurde alles in den verschiedenen Hauptquartieren vorgefundene Material mit Beschlag belegt. Uniformen, Feldflaschen, Flaggen, Automobile und Feldausrüstungen jeder Art, und natürlich alles vorgefundene Aktenmaterial. Die Angehörigen dieser Sturmabteilungen bezogen früher, abgesehen von Nahrung und Kleidung, einen Sold von 3 Mark im Tag. Dann waren die meisten von ihnen Empfänger der Arbeitslosenunterstützung.

Herriot und MacDonald einig. Die Premierminister Herriot von Frankreich und MacDonald von England haben bekannt, sie hätten eine „Basis einer gemeinschaftlichen Ansicht" erreicht, die zur Bestimmung einer zufriedenstellenden Lösung der Kriegsschulden, Reparationszahlungen und anderer Probleme der Lausanne Konferenz verhelfe.

Außer dieser kurzen Bekanntgabe verlautet nichts über die Einzelheiten der angeblich erzielten Verständigung. Nur eine Zeitung, der „Matin", will wissen, Premier Herriot sei, ebenso wie auch Kanzler MacDonald von der absoluten Notwendigkeit der Aufhebung aller aus dem Krieg entstammenden Verpflichtungen überzeugt.

Das Blatt sagt aber bei, angesichts der amerikanischen Weigerung, zur Zeit über Kriegsschulden zu verhandeln, dürfte wohl ein kurzes Moratorium in den Augen der beiden Staatsmänner vorerst die einzige Lösung dieser Probleme sein.

Das Kommuniqué hat folgenden Wortlaut: „Herr MacDonald und Sir John Simon der britische Außenminister trafen erneut mit Premier Herriot und Louis Germain-Martin dem französischen Finanzminister in Paris zusammen um die Konversation fortzusetzen. Diese freundschaftlichen halboffiziellen Konversationen haben zu einer Gemeinschaftlichkeit der Ansicht geführt, die eine gerechte und wirksame Lösung der Probleme der Lausanne Konferenz erwarten läßt, wie sie auch das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens unter den Völkern stärken dürfte."

Lausanne und die Weltfinanzkrophe. Ministerpräsident J. Ramsay MacDonald von Großbritannien, der Vorsitzende der Lausanner „Reparationskonferenz zur Beendung der Reparationen", plädierte in seiner Eröffnungsansprache für eine schleunige Erledigung der Reparationsfrage, damit eine „Weltkatastrophe vermieden wird."

MacDonald erklärte: „Wir haben uns heute hier im Schatten der drohenden Wirtschaftskrise versammelt, die ja die Welt in Friedenszeiten heimgesucht hat. Die ganze Welt schaut heute auf uns, wie sie noch nie auf eine internationale Konferenz gestaunt hat, und erwartet von uns, daß wir eine Vereinbarung finden, die uns von der herrschenden allgemeinen Not befreit. Was ich vor allem betonen möchte, ist, daß es sich um eine Weltkatastrophe handelt.

„Ich wiederhole, daß es in dieser Frage kein Frankreich, kein Italien, kein Deutschland, keine Vereinigten Staaten, kein Großbritannien gibt, die sich von den übrigen Ländern als getrennt betrachten können. Keiner von uns kann sich der Arbeit der Wiederherstellung und des Wiederaufbaues entziehen, weil niemand das Elend von sich fernzuhalten vermag, das uns überall umgibt.

„Heute haben wir uns hier vereinigt, um uns mit einer Ursache unserer Not zu befassen: mit dem finanziellen Erbe des Krieges, und wir müssen zu einer Vereinbarung kommen."

Mit Bezug auf die Sachverständigen, die zu Rate zusammengekommen waren und erkannt hatten, daß die zwischenstaatlichen Schulden einer Neuregelung unterworfen werden müssen, sagte MacDonald: „Ich kann diesen Appell, dessen Dringlichkeit durch alles, was sich kürzlich ereignet hat, bestätigt wird, nur gutheißen."

Die „Abrüstung" hat Ruhe. In Genf wurden die Abrüstungsverhandlungen vorübergehend eingestellt, und an ihre Stelle traten Vorbesprechungen für die Reparations- und Kriegsschulden Konferenz. Die fortgesetzten Sitzungen der Welt Abrüstungskonferenz werden auf unbestimmte Zeit aufgeschoben, während welcher die hier weilenden politischen Führer der Nationen private Unterredungen führen sollen.

Die Suspendierung der Konferenz erfolgte durch das Konferenz Bureau auf Anregung des Vorsitzenden Arthur Henderson. Den Vernehmen nach wird die Pause eine Woche oder länger dauern, voraussichtlich während der ganzen Zeit, in der die Lausanner Konferenz tagt. Inzwischen verlangt Henderson jedoch, daß verantwortliche politische Führer die Diskussionen unter sich fortsetzen und fortfahren über qualitative Abrüstung weiter beraten.

Hugh Gibson und Hugh R. Wilson, die Vertreter der Vereinigten Staaten, suchten Premier Edouard Herriot von Frankreich auf, um mit ihm den amerikanischen Vorschlag der Rüstungsbeschränkung auf der Basis der verschiedenen Friedensverträge zu besprechen.

Inzwischen hatten die verschiedenen Vertreter der europäischen Regierungen, die in Lausanne an den Verhandlungen über Reparationen, Kriegsschulden und Wirtschaftskrise teilnehmen, eine Reihe von inoffiziellen Unterredungen gehabt, um die formelle Eröffnung der Konferenz vorzubereiten.

Mangel der Sowjet Produktion. Die große Moskauer Zeitung „Prawda" das Organ der Kommunistischen Partei, gab bekannt, daß in den vier ersten Monaten des Jahres 1932 im Vergleich mit der nämlichen Zeitperiode des vorigen Jahres die Produktion der russischen Industrie um 20.3 Prozent gesteigert worden ist. Das sei eine gewaltige Leistung, welche den Produktionssteigerungs-Rekord der kapitalistischen Länder selbst in den besten Zeiten übertreffe, oder die Produktion sei dennoch hinter den Anforderungen zurückgeblieben, welche der Erfüllung des Fünfjahrplans der russischen Industrie stelle.

Ohne die tatsächlichen Produktionsziffern anzugeben, stellt die „Prawda" fest, daß namentlich die Erzeugung von Eisen und Holz in der Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe rückständig sei, wegen auf den Mangel eines Zentralverbandes der Hochöfen und Sägemühlen Unternehmungen zurückführt. Trotz Eröffnung neuer Hochöfen seien täglich nicht die erforderlichen 20,000 Tonnen, sondern nur 17,000 bis 18,000 Tonnen Roheisen erzeugt worden, und die Holzproduktion sei wiewohl singin eine eigene Ueberwachungsbehörde für sie ins Leben gerufen worden sei, sogar um ein Drittel Prozent hinter der Holzproduktion der ersten vier Monate des Jahres 1931 zurückgeblieben.

Langsamer zu werden beginnt auch das Produktionstempo der Leichtindustrie; sie sei im April im Vergleich mit ihren Leistungen im März um 2.5 zurückgegangen. Die Nahrungsmittelerzeugung sei in vier Monaten im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres zwar um 9 Prozent höher gebracht worden, könne sich aber immer noch nicht bezahlt.

Auch die Frühjahrs-Bodenbestellung sei verhältnismäßig rückständig. Bis zum 5. Juni sei nur ein Areal von 26,087,000 Acker Land bestellt gewesen, das auf dem Regierungsprogramm gestanden habe. Im vorigen Jahre waren zur nämlichen Zeit 210,820,000 Acker bestellt, was 81.3 Prozent des im Frühjahrsplan angegebenen Programms bedeutet hätte. In diesem Jahr sei also ein kleiner absoluter Rückgang der Bodenbestellung zu verzeichnen.

Im Schlußsatz ihres Leitartikels spornt die „Prawda" alle Betriebsleiter an, das Produktionstempo Rußlands zu beschleunigen, um das Versäumte nachzuholen.

Großer Wahlsieg der Liberal-Progressiven in Manitoba

(Fortsetzung von Seite 1.)

sprachigen Blättern, nicht die kostspieligste Wahlpropaganda, nicht die schärfste Kritik an der Politik der Bracken-Regierung konnten die Wähler von Manitoba dazu verleiten, sich selbst auf die Schlachtbank der konservativen Geldsackinteressen zu legen und sich selbst dem Schlachtmesser der Bennett-Kandidaten auszuliefern.

Zu traurige Erfahrungen

hat man mit der Hochschutzzollpolitik der farmerfeindlichen Dominionregierung in Ottawa gesammelt. Zu abschreckend ist das Beispiel der „kooperativen" — in Wirklichkeit aber konservativen — Dr. Anderson-Regierung in der Nachbarprovinz Saskatchewan. Auf ein solch gewagtes und riskantes Unternehmen wollten sich die Wähler von Manitoba nicht einlassen.

Zwar ist die liberale Partei samt der progressiven in der Bracken-Koalition aufgegangen, sodaß die liberalen Einspänner, die sich nicht zur Verschmelzung entschließen konnten, sich als ganz bedeutungslos erwiesen haben. Aber die Entscheidung, um die in Manitoba in den letzten Wochen gerungen und gekämpft wurde, ging nicht um liberal oder progressiv, sondern um liberal-progressiv oder konservativ. Das Volk hat sein Urteil gesprochen. Es hat sich für liberal-progressiv gegen konservativ entschieden und damit

einen Warnungsruf des Westens

an die Adresse des canadischen Premier R. B. Bennett erlassen. Das nämliche Schicksal wird der Torypolitik auch im übrigen Westen beschieden sein, wenn das Volk wieder zur Wahlurne schreitet. Das Wahlergebnis von Manitoba ist die Flammenschrift an der Wand. Nur ganz verstockte und verblendete konservative Politiker oder solche, die ihr tägliches Brot von der konservativen Partei beziehen, können sie übersehen.

Man könnte einwenden, in Manitoba habe man verfehlterweise von Bracken-Seite Dominionpolitik mit Provinzialpolitik vermengt. Aber genau genommen, lassen sich beide gar nicht voneinander trennen. Ja, es hat sich in der Vergangenheit nur zu oft erwiesen, daß die konservativen Provinzregierungen nichts anderes sind als

die Schleppenträger und Schildknappen der konservativen Dominionregierung,

für die sie in Wahlkämpfen eintreten, deren Politik sie durch dick und dünn unterstützen, und von der sie im Westen als Vorposten des konservativen Industriekapitals des Ostens mißbraucht werden. Daher ist es auch voll und ganz berechtigt, das Wahlergebnis von Manitoba in gleicher Weise als eine Niederlage der gesamten konservativen Politik im Westen zu bewerten.

Wieder ein Umsturz in Chile.

Santiago, Chile. — Nachdem Carlos D. Davila vor 14 Tagen als Haupt einer provisorischen Junta die frühere Regierung über den Haufen geworfen hatte, und nachdem er selbst vor einer Woche die Macht an eine militärische Junta unter Oberst Marmaduke Grove abgeben mußte, fand in Chile jetzt wieder ein neuer Umsturz statt, durch welchen Davila aufs Neue ans Ruder gelangte. Grove mußte sich ergeben, trotzdem er behauptet hatte, daß nur über seine Leiche eine neue Regierung gebildet werden könne, und jetzt soll er gemeinsam mit seinen Genossen nach Argentinien deportiert werden.

Mordanschlag in Havanna vereitelt.

Havanna, Kuba. — Wenige Minuten bevor Präsident Machado in seinem Auto vorbeifuhr, entdeckte die Polizei an einer Straßenkreuzung eine beträchtliche Menge Dynamit, die mit Drähten in Verbindung stand und aus einer Entfernung von 300 Fuß zur Explosion hätte gebracht werden können. Drei Männer die nahe der Stelle in einem Auto saßen, wurden verhaftet. Einer von ihnen ist der Sohn von Senora Mariana Delatorre, einem Mitglied der politischen Opposition. In dem Auto wurden mehrere Revolver und Gewehre sowie viel Munition gefunden.

Präsident Machado kam angefahren, als die Gefangenen durchsucht wurden. Er stieg aus und schüttelte ihnen die Hände. „Warum haben Sie mich denn ermorden wollen?" fragte er sie. Die Männer senkten die Köpfe und gaben keine Antwort.

England kehrt nicht zur Goldwährung zurück.

London. — Schatzkanzler Neville Chamberlain teilte dem Parlament mit, für Großbritannien sei es nicht wünschenswert, zur Goldwährung zurückzukehren, „solange die gegenwärtigen Verhältnisse noch bestehen." Das Land ging am 20. September die Goldwährung auf, als Philipp Snowden Schatzkanzler war. Das englische Pfund Sterling fiel sofort im Werte und wird mit $3.86 gehandelt.

Saskatchewan Bier
Wentzlers
STAR LAGER
Zu haben in Regierung's Laeden
STAR-BREWING CO., LTD.